

Die Geschichte(n) von Gender Mainstreaming

Die Strategie Gender Mainstreaming hat weder eine Geburtsstunde, einen Geburtsort noch eine einheitliche Geschichte. Gender Mainstreaming ist das Ergebnis verschiedener internationaler und nationaler gleichstellungspolitischer Aktivitäten. Es gibt zudem einige Ereignisse, die zu ihrer Entwicklung und Verbreitung besonders beigetragen haben und auf die hier näher eingegangen werden soll.

Die Strategie Gender Mainstreaming entwickelte sich aus vielfältigen Diskussionen und Ansätzen im Bereich der internationalen Gleichstellungs- und Entwicklungspolitik. In den 1970er- und 1980er Jahren ging es zunächst darum, die Belange von Frauen auf allen Ebenen der laufenden und zukünftigen Entwicklungsarbeit zu berücksichtigen. Diese Forderung wurde im Ansatz „Women in Development“ (WID) als Mainstreaming bezeichnet und als Doppelstrategie begriffen. Doppelstrategie deswegen, weil Ziel des Ansatzes sowohl die Entwicklung von frauenspezifischen Förderprogrammen als auch die Aufnahme von Frauen in die herrschenden Strukturen des Mainstreams war.

Im Rahmen der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 wurde auf die Kritik an der bestehenden Form der Entwicklungspolitik und der daraus folgenden Forderung nach einer verstärkten Integration der Frauen in den Mainstream eingegangen und es entstand in den folgenden Jahren der Ansatz „Gender and Development“ (GAD). Im Rahmen dieses Paradigmas wurde eine Einführung der Kategorie Gender in alle Projekt- und Programmabläufe der Entwicklungsinstitutionen, also in den Mainstream, gefordert. Aus der Verbindung von „Gender“ und „Mainstream“ entwickelte sich die Strategie Gender Mainstreaming.

Auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking wurde Gender Mainstreaming als Strategie der europäischen Gleichstellungspolitik eingeführt, als Querschnittsthema bekräftigt und in der 4. Arbeitsplattform der Weltfrauenkonferenz verankert. Dies hatte zur Konsequenz, dass alle Mitgliedstaaten

verpflichtet waren, in ihren nationalen Strategien ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln.

An den hier kurz skizzierten Anfängen der Strategie Gender Mainstreaming wird deutlich, dass Gender Mainstreaming seinen Anfang auf internationaler Ebene genommen hat. Von dort aus wurde Gender Mainstreaming, dem Top-Dow-Prinzip folgend, auch auf Europa-, Bundes- und Landesebene implementiert. Diese Entwicklungen hängen eng zusammen und haben sich gegenseitig beeinflusst. Damit die einzelnen Umsetzungsschritte gut nachvollzogen werden können, werden sie der Übersicht halber jedoch getrennt voneinander dargestellt.

Geschichte und Entwicklungen von Gender Mainstreaming auf internationaler Ebene und auf EU-Ebene

1985

3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi

Im Rahmen der 3. Weltfrauenkonferenz wurde auf die Kritik an der bestehenden Form der Entwicklungspolitik und der daraus folgenden Forderung nach einer verstärkten Integration von Frauen in den Mainstream eingegangen. So heißt es dann auch im Abschlussbericht von Nairobi: „Frauen sollten ein integraler Bestandteil des Prozesses des Definierens von Zielen und der Gestaltung von Entwicklung sein (...) Organisatorische und andere Mittel, die Frauen befähigen, ihre Interessen und Präferenzen in die Auswertung und Wahl von alternativen Entwicklungszielen einzubringen, sollten identifiziert und unterstützt werden. Dies würde spezifische Maßnahmen beinhalten, die so konzipiert sind, dass die Autonomie von Frauen gesteigert wird, so dass sie Frauen in den Mainstream des Entwicklungsprozesses bringen auf gleicher Basis mit Männern.“¹ Auch wenn in diesem Papier weder von Gender noch von Mainstreaming die Rede ist, kann die 3. Weltfrauenkonferenz als ein wichtiger

¹Weltfrauenkonferenz vom 15. Juli 1985 bis 27. Juli 1985 in Nairobi, Kenia. Abschlußdokument. „Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau“. Hrsg: Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Bonn 1988. 118 Seiten.
Original: Report of the World Conference to review and appraise the Achievements of the United Nations Decade for the Women: Equality, Development and Peace. Nairobi, 15. - 26 July 1985. United Nations Publication (Sales No.E. 85.IV.10). New York 1986, 304 Seiten.

Baustein der Entwicklung der Strategie Gender Mainstreaming gesehen werden.

1994

Europarat setzt Lenkungsausschuss für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein

Der Europarat setzt 1994 einen Lenkungsausschuss für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern (CDEG) ein, der erstmals auf der Ebene des Europarates das Gender Mainstreaming-Konzept aufgreift. Dieser Ausschuss ist direkt beim Ministerkomitee angesiedelt und für Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung verantwortlich.

Europäischer Rat deklariert Chancengleichheit als eine der vorrangigen Aufgabe der EU

1994 erklärte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Essen die Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer zu einer der vorrangigen Aufgaben der Europäischen Union.

1995

4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking²

Auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking wird Gender Mainstreaming als Strategie der internationalen Gleichstellungspolitik endgültig eingeführt, als Querschnittsthema bekräftigt und in der 4. Arbeitsplattform der Weltfrauenkonferenz verankert. Dies hat die Konsequenz, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, in ihren nationalen Strategien zur Umsetzung der 4. Weltfrauenkonferenz ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln. Eine explizite Bezeichnung der Strategie als „Gender Mainstreaming“ taucht auch in den Dokumentationen zu dieser Konferenz nicht auf. Zu finden ist aber eine Beschreibung des Konzeptes: „Governments and other actors should promote an active and visible policy of mainstreaming a gender perspective in all policies and programmes so that before decisions

² Weiterführende Informationen unter:
www.un.org/womenwatch/daw/beijing/index.html
www.un.org/Depts/german/conf/beijing/beij_bericht.html

are taken, an analysis is made of the effects on women and men, respectively."³

Auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking unterzeichneten am 15. September 1995 Delegierte aus 189 Ländern die Pekinger Erklärung und die Pekinger Aktionsplattform, die ein einzigartiges Programm zur Gleichstellung von Frauen und Männern in zwölf kritischen Themenfeldern⁴ darstellt. Diese zwölf kritischen Themenfelder sind von grundlegender Bedeutung für das Erreichen einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Europäische Kommission initiiert interdirektionale Gruppe

Die interdirektionale Gruppe ist für die Vermittlung von Gender Mainstreaming in die Generaldirektion zuständig. Sie entwickelt Schulungsprogramme und gleichstellungsrelevante Gemeinschaftsstrategien. Zudem ist die interdirektionale Gruppe Forum für den Austausch von modellhaften Beispielen und Informationen. Ende 1995 initiierte der Präsident der Europäischen Kommission zusätzlich eine Kommissargruppe ‚Chancengleichheit‘.

1996

Europäischen Kommission verpflichtet sich der Strategie Gender Mainstreaming

In der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 21.02.1996 „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“⁵ verpflichtet sich die EU der Strategie Gender Mainstreaming. Laut der Europäischen Kommission bedeutet Gender Mainstreaming, „dass in allen Phasen des politischen Prozesses – Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluation – der Geschlechterperspektive Rechnung getragen wird. Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Nach dem Gender

³ Report of the fourth World Conference on Women. Beijing, 1 - 15 September 1995. Vorläufige Ausgabe. New York 1995, 180 Seiten. Auch in Deutsch verfügbar: Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz. 4. - 15. September 1995 in Beijing. Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) Bonn 1996. 87 Seiten. (Die Übersetzung des Deutschen Übersetzungsdienstes der Vereinten Nationen gelten als problematisch, weil Textteile, die mit anderen Kongress- und Menschenrechtsdokumenten im Original identisch sind, anders übersetzt sind als geläufige Textsammlungen und regierungsamtliche Übersetzungen. Dadurch werden wesentliche Verknüpfungen mit den VN-Konferenzen seit Rio in der Aktionsplattform von Peking unsichtbar.)

⁴ Weiterführende Informationen unter: www.peking-plus-zehn.de/peking/themen.html

⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“. KOM (96) 67. Brüssel, 21.02.1996 unter: www.europa.eu.int/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexapi!prod!CELEXnumdoc&lg=de&model=guicheti&numdoc=51996DC0067#top

Mainstreaming-Konzept sind politische Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken, und gegebenenfalls neu zu überdenken. Nur so kann Geschlechtergleichstellung zu einer Realität im Leben von Frauen und Männern werden. Allen Menschen – innerhalb von Organisationen und Gemeinschaften – muss die Möglichkeit eröffnet werden, ihren Beitrag zu leisten zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung und zur Verwirklichung dieser Vision.⁶

1. Jahresbericht „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der EU“

Die Europäische Kommission gibt den ersten Jahresbericht zum Thema „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union“ heraus. In diesem Bericht wird ein allgemeiner Überblick über Entwicklungen und Aktivitäten im Jahr 1996 gegeben. Seitdem erstellt die Europäische Kommission jährlich den Bericht „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union“. Er richtet sich an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen und stellt den aktuellen Umsetzungsstand und konkrete Maßnahmen zur Strategie Gender Mainstreaming dar.

4. EU-Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (1996-2000)⁷

Im 4. mittelfristigen Aktionsprogramm für Chancengleichheit von Männern und Frauen wird Gender Mainstreaming zum zentralen Thema. Ziel des Aktionsprogramms ist, „die Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Konzeption, Durchführung und Begleitung aller Politiken und Aktionen der Union und der Mitgliedstaaten – im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse – zu fördern⁸. Mit dieser Zielformulierung wird Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe begriffen und der Einsatzbereich und Einfluss der Strategie Gender Mainstreaming auf nationale, regionale und lokale Ebene ausgeweitet.

⁶ Ebd.

⁷ Weiterführende Informationen unter: www.europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c10918.htm

⁸ Ebd.

Schwerpunkte des 4. Aktionsprogramms sind:

- Eine stärkere Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit in alle Politiken und Aktionen
- Eine Mobilisierung der Akteure des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Hinblick auf die Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer
- Eine Förderung der Chancengleichheit in einer sich wandelnden Wirtschaft, insbesondere im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie auf dem Arbeitsmarkt
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer
- Die Förderung einer ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
- Die Schaffung günstigerer Voraussetzungen für eine Geltendmachung des Rechts auf Gleichstellung.

1997

Europäische Kommission ernennt Gender Mainstreaming-Beauftragte

Anfang 1997 erarbeitet die interdirektionale Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission ein Strategiepapier zur konkreten Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming. Als Konsequenz daraus werden in 29 Dienststellen hochrangige Beamtinnen und Beamten zu Gender Mainstreaming-Beauftragten ernannt um konkrete Gender Mainstreaming-Politiken zu entwickeln. Sie konzipieren unter anderem den „Leitfaden zur Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen“⁹, der die Implementierung der Strategie Gender Mainstreaming unterstützen soll.

Europäisches Parlament empfiehlt Fortsetzung der Doppelstrategie

Das Europäische Parlament empfiehlt in seiner Entschließung vom September 1997 die Fortsetzung der Doppelstrategie (Gender Mainstreaming plus spezielle Fördermaßnahmen) als einen weiteren Schritt zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Des Weiteren wird eine Schaffung geeigneter Koordinierungsstrukturen, eine Erarbeitung von Bewertungskriterien, eine Überprüfung aller Legislativvorschläge in Bezug auf

⁹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Leitfaden zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen. Luxemburg, 1998; unter: http://europa.eu.int/comm/employment_social/gender_equality/docs/gender/gender_de.pdf

ihre gleichstellungsrelevante Dimension hin (Gleichstellungsprüfung) und eine Erhebung von geschlechter-differenzierenden Daten und Statistiken angeregt.

1998

Europarat gibt Definition zu „Gender Mainstreaming“ heraus

Der Europarat gibt die Publikation „Gender Mainstreaming: Conceptual framework, methodology and presentation of good practice“¹⁰ heraus, in der Gender Mainstreaming wie folgt definiert wird: „the (re)organisation, improvement, development and evaluation of policy processes, so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and at all stages, by the actors normally involved in policy-making“¹¹. Im Laufe des Jahres 1998 übernimmt die Europäische Kommission die Definition des Europarates zu Gender Mainstreaming.

Die Definition von Gender Mainstreaming in der deutschen Übersetzung der Publikation („Gender Mainstreaming besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.“¹²) wird von einigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für fehlerhaft erklärt und durch folgende ersetzt: „Gender Mainstreaming besteht in der (Re-) Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten AkteurInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.“¹³

Da es im deutschsprachigen Raum bis heute keine einheitliche Definition von Gender Mainstreaming gibt, umgehen viele öffentliche Einrichtungen dieses Problem, in dem sie „Gender“ und „Mainstreaming“ getrennt voneinander definieren und die Ziele der Strategie beschreiben.

¹⁰ Siehe unter: http://www.coe.int/T/E/Human_Rights/Equality/PDF_EG-S-MS_98_2rev_E.pdf

¹¹ Ebd.

¹² Mückenberger, Ulrich/ Tondorf, Karin/ Krell, Gertraude: Gender Mainstreaming.-Informationen und Impulse-, Herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales; 2. Auflage 2001, S. 5; unter:

<http://www.gender-mainstreaming.net/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/niedersachsen-informationen-impulse,property=pdf,bereich=gm,rwb=true.pdf>

¹³ Ebd.

Europäischen Kommission veröffentlicht den ersten Forschungsbericht zu GM

Im März 1998 veröffentlicht die Europäische Kommission den „Fortschrittsbericht der Kommission über Folgemaßnahmen zu der Mitteilung >Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft<¹⁴. In diesem Bericht wurden erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming und Kriterien für den zukünftige Prozess beschrieben.

5. Forschungsprogramm der EU integriert Gender Mainstreaming

In das 5. Rahmenprogramm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (FTE), das 1998 angelaufen ist und eine Laufzeit von fünf Jahren hat, wurde die Strategie Gender Mainstreaming integriert. In diesem Programm geht es zum einen um die Förderung des Dialogs zwischen WissenschaftlerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen zum Thema „Frauen in der Wissenschaft“ und zum anderen um die Entwicklung eines Systems zur Beobachtung des Verhältnisses von Frauen und Wissenschaft. Während der gesamten Laufzeit des 5. Forschungsprogramms werden Studien zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen durchgeführt, um zu prüfen, ob geschlechtsspezifische Belange angemessen berücksichtigt werden. Auch in den neuen Phasen der Programme Leonardo da Vinci, Sokrates und Jugend wurde ein Schwerpunkt auf die Chancengleichheit für Frauen und Männer gelegt.

1999

Amsterdamer Vertrag tritt in Kraft

Am 1. Mai 1999 tritt der Amsterdamer Vertrag¹⁵ in Kraft, der die Strategie Gender Mainstreaming auf EU-Ebene rechtlich verbindlich festschreibt. Art. 2 und Art. 3 Absatz 2 dieses EG-Vertrags verpflichten die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming¹⁶

¹⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Fortschrittsbericht der Kommission über Folgemaßnahmen zu der Mitteilung „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“. KOM (1998) 122. Brüssel, 4.03.1998.

¹⁵ Siehe unter:

<http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html>

¹⁶ Weiterführende Informationen zu rechtlichen Grundlagen zu Gender Mainstreaming unter:

<http://www.genderkompetenz.info/gendermainstreaming/grundlagen/rechtsgrundlagen/>

Weiterführende Informationen zu Gleichbehandlung im EG-Vertrag unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/gender_equality/legislation/ectreaty_de.html

Verankerung von GM in den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU⁷

Seit 1998 werden die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU jährlich festgelegt. Diese Leitlinien basieren auf vier Säulen: Verbesserung der Beschäftigungschancen, Entwicklung des Unternehmergeistes, Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Stärkung der Maßnahmen für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Mit der Verankerung der Strategie Gender Mainstreaming in den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU werden die Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen nicht nur im Rahmen der Säule 4 (Stärkung der Maßnahmen für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt) begriffen, sondern als Querschnittsaufgabe auch für die drei anderen Säulen definiert. Die Umsetzung dieser Leitlinien in den Nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung der einzelnen Mitgliedstaaten wird von der Kommission jährlich geprüft und bewertet.

2000

Peking +5

Fünf Jahre nach Peking fand vom 5. bis 10. Juni 2000 in New York die 23. UN-Sondergeneralversammlung Peking + 5 statt, um bisher Erreichtes zu resümieren und weitere Entwicklungen zu initiieren. Im Laufe der Konferenz wurde allerdings Kritik sowohl von Nichtregierungsorganisationen (Bericht „Global Alternative Report. 5 years after Beijing“¹⁸) als auch von den Vereinten Nationen (offizielle Auswertungsdokumentation „Review and Appraisal of the Implementation of the Beijing Platform for Action“¹⁹) an mangelnden Fortschritten auf der Handlungsebene geäußert. Des Weiteren führte u.a. eine konservative Wende innerhalb des Machtgefüges der UN-Staaten dazu, dass bereits festgeschriebene Rechte in Frage gestellt wurden und verteidigt werden mussten. Am Ende der Konferenz wird eine politische Erklärung, die bereits verabschiedete Dokumente noch einmal bestätigt, herausgegeben („Resolution: Political Declaration“²⁰). Außerdem wurden Beschlüsse zur Umsetzung von Frauenrechten und Gleichstellungsforderungen verabschiedet

¹⁷ Siehe unter:

http://ec.europa.eu/comm/employment_social/employment_strategy/guidelines_de.htm

¹⁸ Siehe unter: <http://www.womenaction.org/ungass.html>

¹⁹ Siehe unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/ecn6-2000-pc2.pdf>

²⁰ Siehe unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/followup/ress232e.pdf>

und den Regierungen Initiativen vorgeschlagen („Resolution: Further actions and initiatives to implement the Beijing Declaration and Platform for Action²¹). Diese Beschlüsse gingen allerdings nicht wesentlich über die Aktionsplattform von 1995 hinaus.²²

2001

5. EU-Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (2001-2005)²³

Mit dem 5. EU-Aktionsprogramm soll insbesondere durch die Stützung und Stärkung der Rahmenstrategie der Gemeinschaft die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden. Es soll dazu dienen, die Umsetzung horizontaler transnationaler Maßnahmen zu koordinieren, zu unterstützen und zu finanzieren. Konkret soll das 5. EU-Aktionsprogramm Werte und Verhaltensweisen fördern und verbreiten, die Voraussetzungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern sind. Des Weiteren soll ein besseres Verständnis der Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frauen und Männern, einschließlich unmittelbarer und mittelbarer geschlechtsbedingter Diskriminierung sowie mehrfacher Diskriminierung gegenüber Frauen gefördert werden. Dies soll durch Prüfung, Überwachung und Bewertung der Wirksamkeit von Politiken und Praktiken geschehen. Zudem soll der Informationsaustausch und die Netzwerkarbeit verstärkt werden, um so die Akteure zu befähigen, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen.

2005

Peking+10²⁴

Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Abschlussdokuments der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking fand vom 28. Februar bis 11. März 2005 die 49. VN-Frauenrechtskommission²⁵ statt. Auf dieser Konferenz wurde sowohl die Umsetzung der Aktionsplattform als auch die im Jahr 2000 zu Peking+5

²¹ Siehe unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/followup/ress233e.pdf>

²² Weiterführende Informationen unter:
<http://www.un.org/womenwatch/daw/followup/beijing+5.htm>

²³ Weiterführende Informationen unter:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/gender_equality/actions/index_de.html

²⁴ Weiterführende Informationen unter: <http://www.peking-plus-zehn.de/>

²⁵ Weiterführende Informationen unter:
<http://www.un.org/womenwatch/daw/Review/english/49sess.htm>

verabschiedeten Abschlussdokumente der 23. VN-Sondergeneralversammlung überprüft. Darüber hinaus wurden aktuelle Herausforderungen und zukunftsorientierte Strategien zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern identifiziert.

Zur Vorbereitung des Überprüfungsprozesses waren alle unterzeichnenden Staaten aufgerufen, in einem Fragebogen über den Stand der nationalen Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform zu berichten. Anschließend fanden in allen fünf VN-Regionen Vorbereitungskonferenzen unter Federführung der regionalen VN-Wirtschaftskommissionen statt.

Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union 2005

Der von der Europäischen Kommission am 14.02.2005 vorgelegte Jahresbericht gibt einen Überblick über die Entwicklungen in Sachen Geschlechtergleichstellung in der EU.²⁶ Es wird dargelegt, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der EU in den Bereichen Beschäftigung und Bildung zwar verringern, das geschlechterbezogene Lohngefälle jedoch nahezu unverändert geblieben ist.

2006

Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union 2006

Der „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern – 2006“²⁷ erwartet von den Mitgliedstaaten mehr Unterstützung für Frauen bei der Bewältigung familiärer und beruflicher Belastungen. Der Bericht fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sowohl Männer als auch Frauen beim Balanceakt zwischen Beruf und Privatleben zu unterstützen, zum Beispiel durch ein umfangreicheres und besseres Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, durch innovative und flexible Arbeitsbedingungen oder eine gezieltere Gleichstellungspolitik. Des Weiteren werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Beschäftigungs- und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen und die über die EU-Strukturfonds bereitgestellten Mittel dafür zu nutzen.

²⁶ Siehe unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2005/feb/gender_equality_2005_report_de.pdf

²⁷ Siehe unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/docs/com_2006_71_de.pdf

Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010

Der „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010“²⁸ der EU-Kommission sieht u.a. vor, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu beseitigen, die Work-Life-Balance zu verbessern, Gewalt und Menschenhandel zu bekämpfen, Gender Budgeting zu unterstützen und die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb und außerhalb der EU zu fördern. Für den Zeitraum von 2006-2010 wird Priorität auf folgende Aktionsbereiche gelegt:

- gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer;
- bessere Vereinbarkeit von Beruf, Privat- und Familienleben;
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen;
- Bekämpfung geschlechterbezogener Gewalt und geschlechterbezogenen Menschenhandels;
- Abbau von Geschlechterstereotypen in der Gesellschaft;
- Förderung der Gleichstellung außerhalb der EU.

50. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen

Die 50. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen fand vom 27. Februar bis 10. März 2006 in New York statt und hat unter anderem die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen gefordert.²⁹

Im Abschlussdokument zum Thema „gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen“³⁰ hat die Europäische Union auch auf deutsche Initiative hin folgende Punkte verankert:

- die Bedeutung von CEDAW (Konvention zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen),
- die Notwendigkeit von gender-sensibler Bildung,
- die Befürwortung gezielter Schulungen und Programme zur Befähigung von Frauen und Mädchen zur Übernahme von Entscheidungspositionen,
- ihre Unterstützung zur gerechten Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und

²⁸ Siehe unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/roadmap_de.html

²⁹ Weiterführende Informationen unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/>

³⁰ Ebd.

- die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Rolle von Männern und Jungen bei der Förderung der Gleichstellung.

2007

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Am 01.01.2007 soll ein Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen seine Arbeit aufnehmen. Dieses Institut soll die EU-Institutionen und die Mitgliedsstaaten in der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und der Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts unterstützen. Das Institut soll laut EU-Kommissar Vladimír Špidla ein Exzellenzzentrum für Gleichstellungsfragen sein, das sein Fachwissen und Können zur Verfügung stellt und die allgemeinen Kenntnisse verbessert. Es wird u.a. die Aufgabe haben, den EU-BürgerInnen die Gleichstellungspolitik der Union näher zu bringen, objektive, zuverlässige, auf EU-Ebene vergleichbare Daten zu erheben und auszuwerten und neue methodische Instrumentarien zu entwickeln.³¹

Geschichte und Entwicklungen von Gender Mainstreaming auf Bundesebene³²

1999

Gleichstellung als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 erkennt die Bundesregierung auf der Grundlage des im Grundgesetz festgelegten Staatsziels die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip ihres Handelns an. Zudem wird beschlossen, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern.

³¹ Weiterführende Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/266&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

³² Weiterführende Informationen unter:

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Gleichstellung/gender-mainstreaming.html>

Beginn des Programms der Bundesregierung „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“

Das Regierungsprogramm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“³³ wird im Dezember 1999 gestartet. Mit Hilfe dieses Programms soll die Bundesverwaltung unter dem Leitbild des aktivierenden Staates umfassend reformiert werden. Die drei Säulen des Programms sind Modernes Verwaltungsmanagement, Bürokratieabbau und E-Government. Gender Mainstreaming wird als ein Leitgedanke des Regierungsprogramms aufgenommen.

2000

Konstituierung der IMA „Gender Mainstreaming“ der Bundesregierung

Am 24.5.2000 konstituiert sich die Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“ (IMA GM) der Bundesregierung, deren Leitung beim Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend liegt. Für die Koordination der IMA GM ist das Referat Gender Mainstreaming/ Gleichstellungsgesetze des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständig. Die IMA GM arbeitet mit dem Instrument der Arbeitsvereinbarungen, um ihre Ziele und Vorhaben gemeinsam und mit einem hohen Grad der Verbindlichkeit zu fixieren. Die Arbeitsgruppe soll Gender Mainstreaming in die laufende Arbeit aller Ressorts implementieren und stellt damit den ersten Schritt eines Implementierungsprozesses dar.

Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien

Am 26.7.2000 wird die Gemeinsame Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien novelliert. Der neue § 2 GGO lautet: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung in ihren Bereichen gefördert werden (Gender Mainstreaming)“³⁴.

³³ Siehe unter: <http://www.staat-modern.de/>

³⁴ Siehe unter: http://www.staat-modern.de/Anlage/original_948046/Gemeinsame-Geschaeftsordnung-der-Bundesministerien.pdf

2001

Bundesgleichstellungsgesetz

Seit dem 30.11.2001 gilt das neue Bundesgleichstellungsgesetz³⁵. Ziel dieses Gesetzes ist die Gleichstellung der Frau in der Bundesverwaltung und bei den Gerichten des Bundes. Die Neuregelung fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und beseitigt bestehende Nachteile. Im § 2 Bundesgleichstellungsgesetz ist der Grundsatz des Gender Mainstreaming verankert.

Schwerpunkte des neuen Bundesgleichstellungsgesetzes sind:

- Frauen mit gleicher Qualifikation werden – unter Berücksichtigung des Einzelfalls – bei Ausbildung, Einstellung und Beförderung in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bevorzugt berücksichtigt.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert (Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung, Telearbeitsplätze oder besondere Arbeitszeitmodelle).
- Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten werden gestärkt.
- Die Gleichstellungspläne werden zu effektiven Instrumenten einer modernen Personalplanung ausgebaut.
- Die Vorgaben für Gleichstellungspläne gewährleisten nunmehr auch bei Stellenabbau einen unveränderten Frauenanteil.
- Alle Gesetze und Rechtsvorschriften des Bundes sollen auch sprachlich die Gleichstellung von Frauen und Männern berücksichtigen.
- Alle Ministerien der Bundesregierung verpflichten sich, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu Gender Mainstreaming zu schulen und mindestens ein Pilotprojekt zur Erprobung von Gender Mainstreaming durchzuführen.

Gender Mainstreaming bei ver.di

Am 29. und 30. Mai 2001 findet bei ver.di eine Konferenz zum Thema „Geschlechterdemokratie ist das Ziel – Gender-Mainstreaming das Instrument“ statt. Als erste Gewerkschaft verankert ver.di Gender Mainstreaming als Aufgabe in der Satzung und setzt ein Mann-/Frauteam als Gender-Beauftragte beim Bundesvorstand ein.

³⁵ Siehe unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-13097-Gesetz-zur-Durchsetzung-der-GI,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>

2002

Gender Mainstreaming im Internet

Im April 2002 wird der Internetauftritt zu Gender Mainstreaming vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter www.gender-mainstreaming.net freigeschaltet.

Gender Mainstreaming im Koalitionsvertrag

Am 16.10.2002 wird der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90 /Die Grünen geschlossen. In Kapitel VII „Gleichstellung von Frauen und Männern“ heißt es: „Gender Mainstreaming soll als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. (...) Wir werden ein Gender-Kompetenzzentrum aufbauen, das die Einführung von Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche unterstützt, Forschung initiiert, Wissen bündelt und Expertinnen und Experten ausbilden wird.“³⁶

Bilanz des Regierungsprogramms „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“

In ihrer Bilanz 2002 des Regierungsprogramms „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ hat die Bundesregierung Gender Mainstreaming als Faktor für den erfolgreichen Abschluss des Programms gewürdigt.³⁷ Zudem wurde festgestellt, dass sich eine effektive bedarfs- und serviceorientierte Verwaltung die Benachteiligung von Männern oder Frauen nicht leisten kann. Auf Basis dieser Bilanz wurde der vierte Schritt des Implementierungsprozesses eingeleitet: Gender Mainstreaming soll als Element moderner Verwaltung in den Ressorts etabliert werden.³⁸

2003

Eröffnung des GenderKompetenzZentrums

Das GenderKompetenzZentrum wird als unabhängige Forschungs- und Beratungseinrichtung an der Humboldt Universität zu Berlin eingerichtet und am 27.10.2003 durch Bundesministerin Renate Schmidt eröffnet. Das

³⁶ Siehe unter:

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Koalitionsvertrag/koalitionsvertrag.html>

³⁷ Weiterführende Informationen unter: <http://www.staat-modern.de/>

³⁸ Vgl. unter: <http://www.gender-mainstreaming.net/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-implementierung,property=pdf,bereich=gm,rwb=true.pdf>

GenderKompetenzZentrum ist ein Drittmittel-Projekt am Lehrstuhl Fr. Prof. Dr. Susanne Baer an der Juristischen Fakultät, das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert wird.³⁹

Ende der Pilotprojektphase der Bundesministerien

Bis Dezember 2003 wurden an den Bundesministerien insgesamt 33 Pilotprojekte zur Implementierung von Gender Mainstreaming durchgeführt.⁴⁰ Diese Projekte sollten an konkreten Beispielen Gleichstellungsaspekte in die Arbeit einbeziehen und deckten am Ende die gesamte Bandbreite politisch-administrativen Handelns ab. Die Ergebnisse der Pilotprojekte wurden in der IMA GM von den jeweiligen Ressorts als „best practice“ vorgestellt und insbesondere unter dem Aspekt der Übertragbarkeit auf alle Ressorts diskutiert. Als wesentliche Resultate sind dabei ressortübergreifende Arbeitshilfen und Checklisten sowie das „Wissensnetz Gender Mainstreaming“⁴¹ festzuhalten. Die Pilotprojektphase stellte den zweiten Schritt der Implementierung von Gender Mainstreaming in die Bundesregierung dar.

2004

Neue Website zu Gender Mainstreaming

Seit dem 8. März 2004 steht eine modernisierte Website zu Gender Mainstreaming zur Verfügung.⁴² Diese enthält Links zu einzelnen Ressorts der Ministerien und zu den Bundesländern. Der Implementierungsprozess der Bundesregierung mit den wesentlichen Ergebnissen wie Wissensnetz und Arbeitshilfen ist auf dieser Website nachgezeichnet. Zusätzlich haben Besucherinnen und Besucher der Gender Mainstreaming-Website die Möglichkeit, sich mit Fragen und Hinweisen zu Gender Mainstreaming an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu wenden.

³⁹ Weiterführende Informationen unter: <http://www.genderkompetenz.info/>

⁴⁰ Weiterführende Informationen unter:
<http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Bundesregierung/pilotprojekte.html>

⁴¹ Weiterführende Informationen unter:
<http://www.gender-mainstreaming.net/gm/wissensnetz.html>

⁴² Siehe unter: www.gender-mainstreaming.net

2005

Koalitionsvertrag von CDU/CSU/SPD

Am 11.11.2005 wird der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD geschlossen. Im Kapitel VI „Familienfreundliche Gesellschaft“ geht es auch um „Gleichstellungs- und Frauenpolitik“. Dort heißt es: „Wir wollen die Gender-Kompetenz stärken und werden zur wirksamen Umsetzung von § 2 GGO sicherstellen, dass dafür notwendige und angemessene Instrumente zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel das GenderKompetenzZentrum. Wir werden einmal in jeder Legislaturperiode einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offenlegen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.“⁴³

Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland⁴⁴

Am 29.11.2005 erscheint ein kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Der Datenreport wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) erstellt und enthält eine umfassende und aktuelle Zustandsbeschreibung zur Lage der Gleichstellung auf der Grundlage amtlicher und repräsentativer Daten. In dem Datenreport wird die Situation von Frauen und Männern mit verschiedenen Hintergründen in verschiedenen Lebensbereichen (Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, soziale Sicherung, Gesundheitsstatus und Gewaltbetroffenheit) dargestellt. Der Datenreport kommt zu dem Ergebnis, dass sich in vielen Bereichen die Lebensverhältnisse und Teilhabechancen von Frauen und Männern weiter angenähert haben, es dennoch nach wie vor erhebliche Differenzen z.B. in der Erwerbstätigkeit, in der politischen und gesellschaftlichen Partizipationen gibt.

⁴³ Siehe unter:

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Koalitionsvertrag/koalitionsvertrag.html>

⁴⁴ Siehe unter: <http://www.peking-plus-zehn.de/peking/aktuelles,did=58908.html>

Geschichte und Entwicklungen von Gender Mainstreaming auf Länderebene

Im folgenden werden die wichtigsten Entwicklungen in der Geschichte der Strategie Gender Mainstreaming auf Ebene der Bundesländer im Überblick dargestellt. Weitere und detailliertere Informationen finden Sie auf den Internetseiten über Gender Mainstreaming des jeweiligen Bundeslandes.

Baden-Württemberg⁴⁵

Um die Strategie Gender Mainstreaming auf Ebene der Landesverwaltung umzusetzen, wurden 2001 in Baden-Württemberg eine ressortübergreifende Lenkungsgruppe, eine interministerielle Arbeitsgruppe und ein Fachbeirat eingerichtet.

2005 erfolgt die Verabschiedung eines Gesetzes zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg.

Bayern⁴⁶

Seit 2002 ergänzt und erweitert die „Geschlechtersensible Sichtweise“, die bayrische Strategie des Gender Mainstreaming, die bisherige Gleichstellungspolitik Bayerns. Mit den Ministerratsbeschlüssen vom 25.07.2002 und 01.10.2002 wurde sie rechtlich verankert und zu einem Leitprinzip für die Bayerische Verwaltung. Die „Geschlechtersensible Sichtweise“ wird als Strategie und Methode aufgefasst und soll die tatsächliche Umsetzung von Chancengleichheit voranbringen.

⁴⁵ Weiterführende Informationen unter:

http://www.sozialministerium-bw.de/de/Gender_Mainstreaming/82083.html

<http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/1442/Gender-Bericht-LV.pdf> http://www.sozialministerium-bw.de/sixcms/media.php/1442/GM_Broschuere.pdf

⁴⁶ Weiterführende Informationen unter: <http://www.stmas.bayern.de/gs/index.htm>

Berlin⁴⁷

2002 beschließt der Senat die Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Der Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming gliedert sich in Berlin in drei Phasen und wird seit 2003 von der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen initiiert, koordiniert und evaluiert.⁴⁸ Im selben Jahr konstituiert sich eine Landeskommision Gender Mainstreaming. Seit 2004/2005 wird Gender Mainstreaming in allen Senats- und Bezirksverwaltungen in relevanten Bereichen umgesetzt.

Brandenburg⁴⁹

In der Landesverfassung verpflichtet sich Brandenburg, durch wirksame Maßnahmen für die Gleichstellung von Männern und Frauen in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung zu sorgen. 2002 begann der Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming mit einer Auftaktveranstaltung für die Führungskräfte des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung mündeten in konkrete Vereinbarungen zur Integration des Gender Mainstreaming in das Leitbild und die Arbeit des Ministeriums.

Bremen⁵⁰

2002 beschließt der Bremer Senat ein Konzept zur Umsetzung des Prinzips der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Bremer Landespolitik nach Prinzipien des Gender Mainstreaming. Ein Senatsbeschluss zur Implementierung der Strategie Gender Mainstreaming in die bremische Verwaltung folgt am 06.05.2003.⁵¹

⁴⁷ Weiterführende Informationen unter: http://www.berlin.de/sengsv/gend_main/index.html
Berichte über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung:
http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/gm/bericht_senatsbeschluss_22072003.pdf

http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/gm/d153136_31_08_2004_schlussbericht2.pdf

http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/gm/d15_4542dritterbericht.pdf

⁴⁸ Weiterführende Informationen unter: <http://www.berlin.de/sen/waf/gm/index.html>

<http://www.berlinonline.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/gm/flyer.pdf>

⁴⁹ Weiterführende Informationen unter:

http://www.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=81536&_siteid=9

⁵⁰ Weiterführende Informationen unter: <http://www2.bremen.de/info/zgf/home.html>

⁵¹ Weiterführende Informationen unter:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/129/2655_1.pdf

Hamburg⁵²

2001 beschließt der Hamburger Senat die Einführung und Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming in die Hamburgische Landespolitik.

Hessen⁵³

2003 verpflichtet sich die hessische Regierung zur Aufnahme von Gender Mainstreaming in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien. Seit 2005 legen in Hessen die Ministerien, die Staatskanzlei und die Landesvertretung ihren Entscheidungen die Strategie Gender Mainstreaming zu Grunde. Die Umsetzung des Querschnittsziels „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ erfolgt auf der Ebene der Landesinitiativen, der politischen Steuerung sowie auf der Ebene der Beratung und Begleitung von Aktivitäten und Projekten.

Mecklenburg-Vorpommern⁵⁴

2000 beschließt die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, die Strategie Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung umzusetzen. 2001 wurde ein Programm zur Implementierung von Gender Mainstreaming gestartet, dessen erste Ergebnisse in einem Leitfaden zur Implementierung von Gender Mainstreaming in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert sind.

Niedersachsen⁵⁵

1998 führt Niedersachsen die Strategie des Gender Mainstreaming („GemiNi“) ein und schult das gesamte Kabinett umfassend zu Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming wird in Niedersachsen als Ergänzung zur Frauen- und Gleichstellungspolitik gesehen und hat das Ziel in allen Bereichen der Landesregierung und -verwaltung Geschlechtergleichheit zu integrieren und zu realisieren. Um Gender Mainstreaming umzusetzen wird 2000 zudem eine Planungsgruppe eingesetzt. 2004 erfolgt die Verankerung der Gleichstellung

⁵² Weiterführende Informationen unter:

<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/soziales-familie/jugend-und-familie/gleichstellung/start.html>

⁵³ Weiterführende Informationen unter:

http://www.sozialministerium.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=f57280b2872743a0b8726155a7639dfe

⁵⁴ Weiterführende Informationen unter: http://www.mv-regierung.de/fg/pages/gender_m.htm

⁵⁵ Weiterführende Informationen unter:

http://www.ms.niedersachsen.de/master/C167083_N8062_L20_D0_I674.html

von Frauen und Männern als Leitprinzip in der „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung sowie der niedersächsischen Ministerien und der Staatskanzlei“.

Nordrhein-Westfalen⁵⁶

In Nordrhein-Westfalen beginnt der Umsetzungsprozess von Gender Mainstreaming mit dem Landtagsbeschluss vom 15.11.2002, der die Landesregierung auffordert, das Prinzip des Gender Mainstreaming künftig in allen Politikfeldern zu verankern und gezielt umzusetzen. In diesem Entschließungsantrag („Gender Mainstreaming – gleiche Chancen für weibliche und männliche Lebensentwürfe. Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Landespolitik und in der Landesverwaltung“⁵⁷) werden auch Maßnahmen beschrieben, die den Implementierungsprozess begleiten und unterstützen sollen. 2003 beschließt das Kabinett ein Steuerungskonzept, das einzelne Umsetzungsmaßnahmen beinhaltet. Inhalte des Steuerungskonzeptes und Informationen über Pilotprojekte in Nordrhein-Westfalen wurden 2005 in einem Bericht der Landesregierung veröffentlicht.⁵⁸

Rheinland-Pfalz⁵⁹

Mit Beschluss vom 14. November 2000 verpflichtet sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz die Strategie Gender Mainstreaming einzuführen und umzusetzen. Von nun an gilt in Rheinland-Pfalz das handlungsleitende Prinzip, politisches Handeln grundsätzlich auf seine Auswirkungen auf Frauen und Männer zu überprüfen. Seit Ende 2000 wurden in fast allen Ressorts der Landesregierung Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen für Führungskräfte sowie Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Gleichstellungsbeauftragte und Mitarbeitende durchgeführt. Zudem wurden in den Ressorts unterschiedliche Verfahren und Instrumente entwickelt, um die Implementierung und Anwendung von Gender Mainstreaming zu unterstützen.

⁵⁶ Weiterführende Informationen unter: <http://www.im.nrw.de/vm/41.htm>

⁵⁷ Siehe unter:

http://www.parlamentsspiegel.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.4/Dokumentenarchiv/dokument.php?pl=MM&part=D&pnr=13/3225&quelle=parla

⁵⁸ Vgl. unter: http://www.mgffi.nrw.de/pdf/frauen/gender-mainstreaming_bericht.pdf

⁵⁹ Weiterführende Informationen unter: <http://www.gender-mainstreaming.rlp.de/>

Sachsen⁶⁰

2003 konstituiert sich in Sachsen auf Beschluss der Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“. Anfang 2004 wird Gender Mainstreaming von der Sächsischen Staatsregierung als politisches Leitprinzip aufgenommen. Nachdem die Staatsregierung am 15.03.2005 beschlossen hat, Gender Mainstreaming in den obersten Landesbehörden einzuführen, wurde ein Implementierungskonzept zur Orientierungshilfe erarbeitet. Im Oktober 2005 hat sich ein Interministerieller Arbeitskreis „Gender Mainstreaming“ konstituiert, dem alle Gender Mainstreaming Ansprechpartner/-innen der Ressorts der Staatsregierung angehören.

Sachsen-Anhalt⁶¹

Am 17. Juli 1998 beschließt die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei jeder Kabinetttvorlage zu prüfen, ob Frauen anders oder im stärkeren Maße als Männer betroffen sind. Bereits 1999 wird das "Programm zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt" durch die Landesregierung verabschiedet. Anschließend startet im Jahr 2000 ein umfangreiches Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung. Am 1. März 2001 wird in Magdeburg das Gender-Institut Deutschlands G/I/S/A als Gender Mainstreaming-Kompetenzzentrum für Verwaltung, Politik und Wirtschaft gegründet.⁶² 2002 halten CDU und FDP Gender Mainstreaming als Grundsatz der Gleichstellungspolitik in Sachsen-Anhalt in der Koalitionsvereinbarung fest.

Nachdem 2004 bereits der 2. Gender-Report in Sachsen-Anhalt erschien⁶³, geht im gleichen Jahr das bundesweit erste Gender Mainstreaming-Informationssystem (GMI) des Gender Instituts Sachsen-Anhalt (G/I/S/A) ans Netz.

⁶⁰ Weiterführende Informationen unter:

http://www.sms.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/sms/hfs_index.htm

⁶¹ Weiterführende Informationen unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=1655>

⁶² Weiterführende Informationen unter: www.g-i-s-a.de

⁶³ Weiterführende Informationen unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=1667>

Schleswig-Holstein⁶⁴

Mit einem Kabinettsbeschluss vom 18. Juni 2002 wurden alle Ressorts der Landesregierung Schleswig-Holsteins zur Umsetzung von Gender Mainstreaming verpflichtet. Im folgenden werden den Führungskräften der obersten Landesbehörden Informations- und Diskussionsveranstaltungen angeboten sowie Modellprojekte in den einzelnen Ressorts durchgeführt. Das Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein unterstützt die Modellprojekte durch begleitende Fortbildung und einen ressortübergreifenden regelmäßigen Austausch. Zusätzlich wurde in Schleswig-Holstein ein Gender-Informations-Zentrum eingerichtet, das neben Informationen auch Beratung und Fortbildung anbietet.

⁶⁴ Weiterführende Informationen unter: www.landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MBF/Information/Frauen/Projekt_20Gender_20Mainstreaming/Gender_20Mainstreaming_20HT.html